

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.— Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, D. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verkaufszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 272.

Dresden, Mittwoch den 24. November 1909.

20. Jahrg.

Dresdner Volksschulwesen. Zur Stadtverordnetenwahl.

Vor einigen Jahren setzte in Dresden eine für das Schulwesen sehr schädliche Sparpolitik gegenüber den Schulausgaben ein. Das hatte eine wesentliche Einschränkung der Lehrkräfte und Ueberfüllung der Klassen zur Folge. Außerdem hielt man mit dem nötigen Bau von Schulhäusern so stark zurück, daß bald darauf eine förmliche Katastrophe im Mangel an Unterrichtsimmern eintrat. Man mußte zu den bedenklichsten Notbehelfen greifen! Wohnhäuser wurden gemietet und notdürftig für Schulzwecke hergerichtet; die Kinder mußten weite Wege zum Schulhaus laufen, oft des Tages einmal hierhin, das andere Mal dahin gehen. Als 1906 der Haushaltsplan für das Volksschulwesen zur Tagesordnung stand, nahmen die Sozialdemokraten Gelegenheit, alle diese Mängel einer eingehenden sachlichen Kritik zu unterziehen und Abhilfe zu fordern. Sie verlangten dringend die Beilegung der bestehenden und gerügten Mängel.

Die Mehrheit war sichtlich erstaunt über diese Darlegungen; Debatten solcher Art schien man nicht gern zu sein. Auf die wichtigen und detaillierten Beschwerden konnte von Rat kein Wort gesagt werden. Auch zwei Lehrer, die dazu sprachen, konnten die Angaben anderer Lehrer nicht widerlegen. — Ein Ratschreiben über den Bau eines Schulhauses in Vorstadt Cotta entfiel in der Sitzung vom 11. April 1907 eine erregte Debatte, in der die Sozialdemokraten abermals, ausgerüstet mit beweiskräftigem Material, besonders für schleunigste Beschaffung fehlender Schulräume eintraten. Der Stadtv. Schumann leistete sich dabei folgende Sätze: Vor 50 Jahren sei man froh gewesen, in niedrigen Schulzimmern zu sitzen. Das habe ihm nichts geschadet; im Gegenteil, er sei gesund und stark geworden. Durch die modernen Schulbauten würden die Arbeiterkinder nur vernünftiger. — Der Mann hat entschieden etwas gelernt von Leberecht Kammerling, der bekanntlich in ähnlicher Weise gegen Volksschulbau sprach. — Als in einer späteren Sitzung endlich der lange hinausgeschobene und noch im letzten Moment lebhaft umstrittene Bau eines Schulhauses in Cotta beschlossen wurde, suchte eine Minderheit aus kleinlichen Sparansichten die Angelegenheit abermals zu verschleppen.

Im Februar 1908 gab es wieder Schuldebatten. Es handelte sich um eine Vorlage des Rates über die Errichtung von Schulräumen, wozu die Sozialdemokraten beantragten: 1. Die vorgeschlagene Errichtung von Schulräumen bis höchstens im Jahre 1910 zu genehmigen; 2. die Errichtung zweckentsprechender Schulneubauten schleunigst in Aussicht zu nehmen und den Stadtverordneten baldigst Vorlage darüber zu machen. Der erste Teil dieses Antrags wurde abgelehnt, der zweite an den Verwaltungsausschuß überwiesen, der erst im November darüber Bericht erstattete. Der Referent erklärte die gute Tendenz des Antrags an und gab zu, daß die Errichtung von Schulräumen kein unwürdiger Zustand sei. Direkt dagegen sprach niemand; der Ausschuß beantragte zwar Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, empfahl aber dafür folgenden: „Den Rat zu ersuchen, den Mangel an Unterrichtsimmern in Vorstadt Cotta durch geeignete Maßnahmen — Neuordnung der Bewohnereinteilung und der Bezirksgrenzen, An- und Umbau und, wo nötig, auch Neubauten von Schulen — baldmöglichst zu beheben.“ Der Ausschussantrag wurde einstimmig angenommen; er befaßte fast daselbe in etwas anderer Form als der sozialdemokratische. — Durch die sozialdemokratische Initiative war die ganze Frage zu eingehender Erörterung und einem wesentlichen Erfolge gebracht worden!

Im März 1909 wurde eine Neuregelung der Gehälter der Lehrkräfte beschlossen, die eine Mehr- ausgabe von über 600000 M. für dieses Jahr zur Folge hat, und die auch von den Sozialdemokraten bewilligt wurde. Verbunden mit der Vorlage auf Erhöhung der Lehrergehälter war die auf höhere Befoldung der städtischen Beamten. Die Auf- besserung der Arbeiterlöhne wollte man auf unbestimmte Zeit verschieben. Unsere Genossen machten diese sonderbare Lohn- politik nicht mit und beantragten: „Den Rat zu ersuchen, mit der Vorlage auf Erhöhung der Beamtengehälter gleichzeitig eine Vorlage auf Erhöhung der Arbeiterlöhne vorzubereiten und so zu beschleunigen, daß sie noch im Jahre 1909 von den Stadtverordneten erledigt werden könne.“ Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, die Sozialdemo- kraten hatten davon die Zustimmung zur Verbesserung der Lehrer- und Beamtengehälter abhängig gemacht. Auch hier ein positiver Erfolg!

Zu Anfang dieses Jahres wurde eine Neuregelung des Fortbildungsschulwesens beschlossen, der die Sozialdemokraten unter Betonung weitergehender Forderungen zustimmten. Die Änderungen waren in der Hauptsache folgende: Den Unterricht sollen nicht mehr Lehrer im Nebenamt, sondern fünf selbständige Direktoren (Wahlstimmzahl 12) und neun ständige Fortbildungsschul- lehrer (Wahlstimmzahl 28) erteilen; außer den seminaristisch ausgebildeten Lehrern können auch Fachlehrer angestellt werden. Die Höchstzahl der Schüler einer Klassenklasse und einer Klasse für Schmöckebegabte soll in der Regel 30, für alle übrigen Klassen 35 betragen, so daß es in Zukunft statt der bisherigen

165 Klassen deren 189 geben wird. Sobald von einem Verufe 20 Schüler vorhanden sind, soll eine besondere Klasse gebildet werden. Um zu vermeiden, daß die Schüler übermüdet in den Unterricht kommen, ist die Unterrichtszeit von früh 7 bis abends 7 Uhr festgelegt, also der Tagesunterricht eingeführt. In den Innungs- und Privatschulen soll, sofern die wöchent- lichen Unterrichtsstunden die Zahl von 6 übersteigen, auch weiter nach 8 Uhr abends Unterricht stattfinden. Eine An- gliederung der Innungsschulen an die städtische Fort- bildungsschule soll auf Antrag zugelassen werden. Die Innungen haben verhindert, daß sich die schweren Nachteile des Fortbildungsschulunterrichts, besonders des Abendunter- richts, nicht ganz haben beseitigen lassen. Die Ratsvorlage war in einigen Punkten von den Ausschüssen verfehlert worden. Unsere Genossen beantragten die Wiederherstellung der Ratsvorlage. Dieser Antrag wurde mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten nahmen ferner wiederholt Ge- legenheit, für die Einheits- und gegen die Standeschulen sich zu erklären. Auch der allgemeine Schulkinder- fürsorge widmeten sie volle Aufmerksamkeit. Die aus sozialdemokratischen Frauen bestehende Kinderfürsorgekommission hatte ein Schreiben an beide städtische Kollegien gerichtet, in dem unter näherer Begründung beantragt war: „In den Schulen Vorkehrung zu treffen, daß Kinder, die ohne Aufsicht unentgeltlich — Kuffisch, Kost und Ueberwachung bei den Schularbeiten finden können.“ Dieses Schreiben wurde zunächst dem Rat zur Entschliebung über- wiesen, der durch die Schuldirektoren Erörterungen in der Sache anstellen und sie um ihre Meinung befragen ließ. Später wurde eine Ratsdrucksache vorgelegt, in der sehr ein- gehende Darlegungen enthalten waren, die Anregung der Kinderfürsorgekommission aber abgelehnt wurde. Eine Direktoren-Konferenz war zu der Meinung gekommen, daß eine Änderung und Vervollständigung der schon bestehenden Einrichtungen im Sinne des Antrags schon deshalb nicht an- gänglich sei, weil „die erforderlichen Geldmittel nicht vorhanden sind.“ Weiter war gesagt: „Es fehlen die zur Befolgung, Beaufsichtigung und sonstigen Bedienung der Kinder nötigen Kräfte, dem Gesuche stehen schwerwiegende hygienische Bedenken (!) entgegen.“ Die Herren Direktoren betonten aber auch ihre grundsätzliche Ablehnung gegen die geforderte Art der Kinderfürsorge. Und zwar mit folgenden Sätzen: „Die Kommission verkennt völlig das Wesen und die Aufgabe der Volksschule; diese soll nicht sein ein Ertrag für das Elternhaus, sondern eine Gehilfen des Kindes. Die Direktoren- schaft erklärt in dem Antrage eine große Gefahr für die Familie, die naturgemäße Stätte der Erziehung und damit die wichtigste Grundlage des gesamten Volks- lebens.“ Aus dieser Stellungnahme spricht eine höchst be- denkliche und behauerliche Einseitigkeit; ein erschrecklicher Mangel an Kenntnis der sozialen Verhältnisse und eine recht spießbürgerliche Auffassung über Erziehungsaufgaben. Später berichtete der Ratsauschuß über das Schreiben des Rates, dessen ablehnender Haltung beizutreten er empfahl. Die Debatte darüber war lang und gründlich. Die Sozialdemo- kraten kritisierten scharf die in der ganzen Behandlung der Sache anzutage getretene Einseitigkeit. Sie stellten schließ- lich folgenden Antrag: „Kollegium wolle den Rat ersuchen, in erneuter Ermöglichung über eine systematische Ausgestaltung des Kinderfürsorge und der Kinderfürsorge nach sozialen und pädago- gischen Gesichtspunkten einzutreten.“ Die Mehrheit trat dem Ratsbeschlusse über den sozialdemokratischen Antrag aber wurde dem Ratsauschuß überwiesen. — Dieser berichtete später weiter darüber und beantragte, den Antrag dem inzwischen ins Leben getretenen Sozialen Ausschusse zur Vorprüfung zu überweisen. Dem wurde zugestimmt. (Schluß folgt.)

vor unüberlegten Schritten. Von den Führern des alten Berg- arbeiterverbandes, hebt der Bericht hervor, sei sogar in den Ver- sammlungen ausdrücklich erklärt worden, daß diejenigen Mitglieder, die ohne Genehmigung des Verbandes sich in einen Streik stürzen sollten, auf eine Unterstufung nicht zu rechnen hätten.

Dieser Darstellung ist hinzuzufügen, daß das Kohlenyndikat und die ihm angehörenden Zechen noch nie über so enorme Vor- räte von Kohlen und Koks verfügten, wie in der gegenwärtigen Zeit. Das Kohlenyndikat hat vor einigen Monaten neue umfang- reiche Lagerstätten, die inzwischen aufgefüllt worden sind, erworben. Lange bevor an den Plan des Zechenverbandes, mit den- tlicher Pflanzkraft den Zentral-Arbeitersnachweis zur Anhebel- ung der Arbeiterkraft durchzuführen, in der Öffentlichkeit gedacht werden konnte, haben wir berichtet, daß in Kreisen, die mit den Auffassungen der Kohlenmagnaten ver- traut zu sein pflegen, gedehnt wurde, die Politik des Syndikats während der Krise werde von dem Ziel geleitet, sich auf einen Streik der Arbeiterkraft vorzubereiten, den man bei Beginn einer besseren Konjunktur erwarte. Die Art der Einführung des Zentral- arbeitsnachweises in diesem Augenblick bestätigt, daß den Syndikats- herren ein Streik jetzt nicht unwillkommen wäre. Sie könnten die unter billigen Bedingungen angehäuften Vorräte nicht nur zu teuren Preisen verkaufen, sie würden auch unter Verzicht auf den Streik sofort mit Preisrückstellungen vorgehen, die nicht nur die geringen Preisermäßigungen, zu denen sie sich unter dem Zwang der Verhältnisse versehen mußten, ausgleichen, sondern übersteigen würden. Alles spricht dafür, daß das Syndikatkapital einen Bergarbeiterstreik in diesem Augenblick als eine Abwendung ihrer gemeingefährlichen Terrors begrüßen würde. Es gibt keine Hand- lung, sei sie noch so brutal und blutig, die dem Syndikatkapital schon nach den bisherigen Vorkommnissen nicht zugetraut werden könnte und dürfte.

Nicht nur die Bergarbeiter und mit ihnen die gesamte Arbeiterkraft, sondern auch große Schichten des Bürgertums, die bittere Klagen über das rückwärtslose Treiben der Kohlenmonopolisten fortwährend erheben, müssen es als Lebensnotwendigkeit empfinden, daß der schrankenlosen Willkür des Syndikats ein Damm errichtet werde.

Vom amerikanischen Gewerkschafts- kongreß.

Der diesjährige Kongreß der „American Federation of Labor“ fand, wie schon berichtet, in Toronto (Kanada) statt. In seinem Vorberichte an den Kongreß konstatiert der Präsident Comper mit Genugtuung, daß es den Gewerkschaften Nord- amerikas trotz äußerst ungünstiger Umstände im allgemeinen möglich gewesen ist, die in Folge der wirtschaftlichen Krise befürchteten Lohn- senkungen zu verhindern. Ein Drittel der angeschlossenen Ge- werkschaften berichtet eine Mitgliederzunahme von 80 000 im letzten Jahre, doch ist insgesamt ein Rückgang in der Mitgliedszahl zu ver- zeichnen. An die Landeszentrale wurden Beiträge abgeführt: im Jahre 1900 für 573 700 Mitglieder, 1904 für 1 736 300 Mit- glieder, 1908 für 1 689 200 Mitglieder und 1909 für 1 586 400 Mitglieder. 98 der angeschlossenen Gewerkschaften hatten in 693 Streiks mit insgesamt 87 031 Beteiligten bewirkt. Von den Beteiligten erzielten 58 971 ganze oder teilweise Erfolge, während für 9432 Arbeiter keinerlei Erfolge verzeichnet werden. Die Gesamtkosten der Streiks beliefen sich auf 5 686 788 M.

Die von den angeschlossenen Verbänden im verflochtenen Finanzjahre verausgabten Unterstützungssummen sind u. a. Sterbe- geld für Mitglieder (67 Gewerkschaften) 4 985 582 M., Sterbegeld für verstorbenen Frauen von Mitgliedern (7 Gewerkschaften) 206 640 M., Krankentüchtigung (20 Gewerkschaften) 3 074 211 M., Reiseunterstützung (4 Gewerkschaften) 218 245 M., Arbeitslosen- unterstützung (8 Gewerkschaften) 2 082 019 M. Wie hieraus er- sichtlich, ist von den allgemeinen Unterstützungszweigen nur die Sterbeunterstützung ziemlich allgemein eingeführt.

Zur Durchführung des Streikretzes in dem bekannten Prozesse Comper und Genossen ist ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher an Einnahmen 186 061 M., an Ausgaben 26 349 M. und einen Kassenbestand von 159 702 M. aufweist.

Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter gang oder teilweise befohlen. Die Gesamtverlusten hierfür beliefen sich auf etwa 200 000 M. Der Zentrale direkt angeschlossenen sind jetzt 119 Landesverbände (International Unions), 39 Staatsver- bände, 595 Gewerkschaftskomitees und 4 besondere Gruppen.

Sie schon frühere Berichte, so enthält auch der diesjährige die Forderung auf Schaffung eines besonderen Arbeitsministeriums, die Forderung auf gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, Unfall- gesetzgebung und dergl. Die Forderung des Achtstundentages wird besonders mit den Ergebnissen einer amtlichen statistischen Unter- suchung über den Aufschwung der Produktion und der Arbeitslöhne begründet. Bemerkenswert ist, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Achtstundentag durchgeführt wurde, wie im Baugewerbe, die Löhne seitdem um 25 bis 100 Proz. gestiegen sind.

Entsprechend der Forderung der Gewerkschaften werden in die künftigen Volks- und Berufszählungen auch die Zahl der Arbeits- losen, sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden.

Unter „Praktische politische Betätigung der Arbeiterkraft“ wird den Gewerkschaften der Rat erteilt, für die politische Schulung ihrer Mitglieder bereit zu stehen, damit sie ihr Wahlrecht zu den ver- schiedenen Körperschaften im Interesse der Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf die politische Stellung der betreffenden Kandidaten, ausüben können. Die Gewerkschaften dürften keineswegs sich in den Dienst einer politischen Gruppe stellen, sondern müßten von Fall zu

Streikwünsche des Kohlenyndikats.

Es ist aus der Empörung der Bergarbeiterkraft über das gegen sie unternommene Verbot der Zechenverbände, durch den Zentralarbeitsnachweis die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht der Bergarbeiter Autorität zu machen, haben viele bürgerliche Blätter gefolgert, daß ein Streik im Ruhrrevier zur Abwehr dieses Anschlages nahe bevorstehe. Diese Gerüchte verbichteten sich sogar zu der Meinung, die Bergarbeiterorganisationen wären mit einem allgemeinen Streik im Januar des kommenden Jahres einverstanden und betrieben bereits entsprechende Maßnahmen. Derartige falschen und zum Teil sinnlosen Meldungen treten in den letzten Tagen mehrere Handelsblätter entgegen. Es ist richtig- schreibend zum Beispiel das Berliner Tageblatt, daß in der Berg- arbeiterkraft über die Einführung des Zentralarbeitsnachweises große Erregung herrscht, die auch in weiten Kreisen als berechtigt anerkannt wird, aber in leitenden Kreisen der Bergarbeiter- bewegung ist man ganz und gar nicht der Ansicht, daß für Januar ein Streik der Vergleute bevorstehe. Von seinem Offener Korrespondenten wird diesem Blatt geschrieben, daß die Zechenbesitzer durch einen Streik jetzt in die Lage verlegt werden würden, ihre gewaltigen Kohlen- und Koks- vorräte, die durch die lange Lagerung an sich eine teilweise recht beträchtliche Wertminderung erfordern, zu guten Preisen abzulehen. Aus diesen Erwägungen heraus warnen in den Bergarbeiter- versammlungen die Redner aller Organisationen auf das dringendste

Stimmen und Silber